

# Schulden und Schuld

von

Heiner Flassbeck

Aus Genfer Sicht, WuM, Februar 2003

Die Regierung will die wirtschaftliche Wende. Jetzt hat das Kanzleramt ein Papier verfaßt, das den Durchbruch bringen soll. Unter dem Zwang der schlechten Wirtschaftslage wird die große Keule hervorgeholt, mit der endlich der notwendige Ruck erzwungen wird, der die Nation aus der Lethargie reißt, den Reformstau mit einem gezielten Schlag auflöst und das Elend der wirtschaftlichen Stagnation beendet. Ohne harte Schnitte geht das nicht, wenn gleichzeitig der Staatsanteil zurückgeführt werden soll. Arbeitslose, Rentner und Sozialhilfeempfänger müssen die Zeche bezahlen. In Zukunft, so das Papier, dürfe es aufgrund von konjunkturellen Schocks nicht mehr zu Steuererhöhungen oder anderen Mehrbelastungen durch Abgaben kommen. Auch das staatliche Defizit, der Saldo aus Einnahmen und Ausgaben, soll auf keinen Fall mehr steigen, Schulden bleiben tabu.

Die Politik folgt damit in aller Konsequenz der herrschenden Meinung in der Ökonomie, die nur Gefahren zu hoher staatlicher Schulden kennt, die Risiken eines Schuldenabbaus aber negiert. Bleibt es bei der Tabuisierung der staatlichen Schulden, wird dieses Programm Deutschland nicht aus, sondern in eine große Krise führen. Warum ist das so, werden manche fragen. Warum können einige Ökonomen, üblicherweise Keynesianer genannt, nie genug kriegen von öffentlichen Schulden? Warum wollen diese Leute nicht einsehen, daß der Staat an Grenzen stößt, daß es nun an der Zeit ist, den Weg für die private Initiative freizumachen, statt immer nur nach der Regierung zu rufen, wenn es schlecht geht? Oder, so wird man fragen, geht es diesen Leuten nicht viel mehr darum, Umverteilung durchzusetzen, den allmächtigen Staat am Ende, der keinen Raum für privates Risiko und private Gewinnchancen läßt?

Warum immer mehr Schulden? Eine gute Frage und doch die falsche. In einer modernen arbeitsteilig organisierten Wirtschaft geht es niemals darum, ob man sich verschuldet, sondern immer nur darum, wer sich verschuldet. Wenn ein Teil der Bevölkerung, in Deutschland der typische private Haushalt, spart, muß sich ein anderer Teil verschulden, soll die Rechnung aufgehen. Die Rechnung, das ist die eiserne Regel, nach der niemand sich verschulden kann, wenn ein anderer nicht spart und umgekehrt. Mit anderen Worten, niemand kann über seine Verhältnisse leben, wenn nicht ein anderer unter seinen Verhältnissen lebt, weil ja die vorhandene Gütermenge nur einmal konsumiert werden kann. Aus dieser einfachen und zwingenden Regel, nicht aus irgendeiner Ideologie, folgt, daß der Staat sich nur dann ohne Probleme schuldenfrei halten kann, wenn entweder die privaten Haushalte nicht sparen oder die privaten Unternehmen sich jederzeit so stark verschulden, daß sie die Ersparnisse der privaten Haushalte vollständig aufsaugen.

Fakt ist nun, daß die deutschen Haushalte sparen. Sie sparen sogar mehr als in den letzten Jahren, weil sie unsicher sind und - unter anderen - die Regierung ihnen ständig sagt, nur über mehr Sparen könnten sie ihre Zukunft sichern. Ja, sogar mit staatlichem Geld belohnt wird mehr Sparen, seit es die Riester-Rente gibt. Bleiben die Unternehmen. Die sind derzeit aber auch unsicher, sparen ebenfalls, investieren weniger und wollen sich gerade nicht zusätzlich

verschulden, weil die Welt voll ist mit überschuldeten Unternehmen. Was passiert in dieser Situation, wenn auch der Staat spart? Diese Frage muß beantworten, wer in Ernst zu nehmender Weise über staatliche Schulden sprechen will.

Die Antwort ist im Grunde einfach: Das reale Einkommen aller Beteiligten muß dauernd sinken bei dem Versuch, die miteinander unvereinbaren Sparpläne vereinbar zu machen. Wenn alle weniger ausgeben als sie einnehmen, sinkt nämlich zunächst das Einkommen der Unternehmen. Die Unternehmen zahlen in jedem Monat zu 100 % aus, was bei den Haushalten und damit auch beim Staat als Einnahmen anfällt. Wenn die Haushalte aber jeden Monat 10 % dieser Einnahmen sparen, also zur Bank tragen, und der Staat sich nicht verschuldet, kommen jeden Monat nur 90 % der unternehmerischen Ausgaben als Einnahmen zurück. Das Ergebnis nennt man Verluste bei den Unternehmen. Das ist wiederum nur logisch: Wenn ein großer Sektor, wie die privaten Haushalte, unter seinen Verhältnissen lebt, muß ein anderer über seinen Verhältnissen leben. Das können nur die Unternehmen sein, wenn der Staat per Saldo "solide" ist. Versuchen nun einige Unternehmen, ihre Lage durch Sparen zu verbessern, verschlechtern sie nur die Lage anderer Unternehmen oder der privaten Haushalte, was wiederum die gesamte Lage verschlechtert und in allen Sektoren zu einer Spirale nach unten - bis zur Katastrophe - führt.

Darum geht es manchmal nicht ohne die Schulden des Staates, wenn man aus einer mißlichen Lage heraus will. Wer, wie offenbar das Kanzleramt in seinem neuen Papier sagt, auch im Falle weiterer externer Schocks höhere Steuern und Abgaben verhindern will und neue Schulden ausschließt, sagt nichts anderes, als daß alle Schocks in Zukunft allein die Unternehmen tragen müssen. Entlassen sie daraufhin massenweise Arbeitskräfte, verbessert selbst das die Lage aller Unternehmen nicht, weil Arbeitslose ohne Einkommen bei einem soliden Staat auch als Nachfrager für Güter der Unternehmen vollständig ausfallen. Sicher werden auch die Banken in Mitleidenschaft gezogen, weil immer mehr Unternehmen pleite gehen. Das macht aber scheinbar alles nichts, weil der Staat ja schuldenfrei ist. Das Ende ist ein solider Staat mit einer toten Wirtschaft. Keine Schulden, aber eine große Schuld.

Würde ein Architekt den Bauplan für ein neues Projekt vorlegen und rechnete schon auf der ersten Seite drei mal drei falsch, man würde ihn achtkantig hinaus. Das neue Projekt der Bundesregierung wird man bejubeln: Endlich Mut zu Reformen. Die Schuldfrage wird später diskutiert; das Kind im Brunnen schreit dann vielleicht nicht mehr.